



CRPM CPMR

CONFÉRENCE DES RÉGIONS PÉRIPHÉRIQUES MARITIMES D'EUROPE
CONFERENCE OF PERIPHERAL MARITIME REGIONS OF EUROPE

6, rue Saint-Martin 35700 RENNES - F
Tel. : + 33 (0)2 99 35 40 50 - Fax : + 33 (0)2 99 35 09 19
e.mail : secretariat@KPKR.org - web : www.KPKR.org

PROTOKOLL DER 34. HAUPTVERSAMMLUNG DER KPKR 25.-27. OKTOBER 2006 - MURCIA (SPANIEN)

Donnerstag, 26. Oktober 2006

TEIL I : ERÖFFNUNGSSITZUNG

Die Hauptversammlung wurde von **Herrn Ramon Luis Valcarcel Siso**, dem Vorsitzenden der autonomen Gemeinschaft Murcia, eröffnet. Präsident Valcarcel hat seine Region vorgestellt und dabei den Anteil des Dienstleistungssektors (der Anteil des Fremdenverkehrs am regionalen BIP beträgt 7%) sowie die tiefgreifenden Veränderungen in der Agrarindustrie (7,7% des regionalen BIP) hervorgehoben. Seine Region sei ein Labor für die Herausforderungen, die uns in der kommenden Periode erwarten: Globalisierung, Migrationen, Förderung der Innovation und der Wissensökonomie, Rückgang der Artenvielfalt, Folgen des Klimawandels.

Er hat die herausragende Rolle unterstrichen, welche die KPKR in der Vorbereitung auf diese Herausforderungen übernehmen kann, und hat die Gefahren einer Renationalisierung der Regionalpolitik hervorgehoben.

Er hat seinen Wunsch geäußert, dass die Arbeit dieser Hauptversammlung erste Antworten auf diese Chancen und Risiken liefern möge.

Herr Claudio Martini, Vorsitzender der Region Toskana und Präsident der KPKR, hat Präsident Valcarcel für dessen Gastfreundschaft gedankt und dabei unterstrichen, die Dynamik der Region Murcia zeuge von der Vitalität der europäischen Einigung.

Er ehrt dann Herrn Anders Gustav, der uns Anfang 2006 verlassen hat, nachdem er sich lange Jahre stark in der KPKR und im Ausschuss der Regionen engagiert hatte; zum Gedenken an Herrn Gustav bittet er um eine Schweigeminute.

Präsident Martini kommt dann wieder auf den Kontext der neuen Periode ab Anfang 2007 zurück. Er erinnert daran, dass die wesentlichen Gefahren abgewendet werden konnten: Renationalisierung, Wegfall von Ziel Nr. 2, Aufgabe der territorialen Zusammenarbeit ... , und er erläutert, dass die KPKR dafür ihr ganzes Gewicht in die Wagschale gelegt hat.

Der Versammlung erläutert er die Zielsetzungen, die auf die Regionen warten: Sich mit gesteigerten Mitteln zu einer europäischen Ambition zu bekennen, um gegen die neuen Herausforderungen anzutreten, die mit den Demographie- und Migrations-Fragen, dem Klimawandel und der Globalisierung einher gehen.

Er hebt die Bedeutung einer Neuankurbelung des Aufbaus der europäischen Institutionen sowie der erforderlichen Neustrukturierung der Gebiete hervor. Dabei sei darauf zu achten, dass der Grundsatz der territorialen Kohäsion befolgt wird, wenn die Frage der Institutionen wieder auf der Tagesordnung ist. Um dies zu erreichen, seien neue Ansätze erforderlich, die sich auf die Nutzung der wechselseitigen Beeinflussung der Regionen und auf das Hervorheben des Mehrwerts der Rolle der Regionen bei der europäischen Governance in Verbindung mit dem Ausschuss der Regionen stützen.

Abschließend nennt er die wichtigsten Dossiers, die auf die Mitgliedregionen der KPKR warten:

- Ausbau der Verbindungen zwischen den Regionen in der Welt im Rahmen der Vereinbarung mit dem UN-Entwicklungsprogramm und als Aufgabe des Netzwerkes nrg4SD für nachhaltige Entwicklung;
- Erfolg des „Europa des Meeres“ und Vorlage einer klaren maritimen Strategie bis Ende 2007;
- Verstärkung der Rolle der Regionen in der europäischen Governance;

- Involvierung in die für die Mitgliedregionen der KPKR wichtigsten Arbeitsfelder, nämlich Verkehr, Energie, Wettbewerb, Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt und Klimaveränderungen sowie Sicherheit auf See.

Die Hauptversammlung stimmt dem Protokoll der Hauptversammlung von 2005 in Madeira (PT) sowie der Tagesordnung der Hauptversammlung von Murcia zu.

ARBEITSSITZUNG I : BILANZ UND PERSPEKTIVEN DER KPKR

Herr Xavier Gizard, Generalsekretär, legt den Tätigkeitsbericht vor.

- Bezüglich der Verabschiedung der finanziellen Vorausschau weist er darauf hin, dass die zögerlichsten Mitgliedstaaten ohne den Einsatz der Regionen ihren Standpunkt nicht überdacht hätte. Er meint, das Ergebnis sei zufriedenstellend. Auch wenn das Budget begrenzt sei, gäbe es ja immer noch ein Ziel 2;
- Er weist darauf hin, dass die KPKR nun ihre Vorbereitungen für den Zeitraum 2014-2020 starte: Die ersten Vorschläge werden bei der Hauptversammlung von Rom im Hinblick auf den Termin der Staats- und Regierungschefs 2008-2009 unterbreitet;
- Er ruft ins Gedächtnis, dass die KPKR auch auf die territoriale Dimension der Sektorpolitiken für den Zeitraum 2007-2013 geachtet hat und meint, man müsse hier wachsam bleiben, insbesondere bei der Beschäftigungspolitik und den Humanressourcen, dem Verkehr (Besorgnis wegen der Konkretisierung der Hochgeschwindigkeits-Seewege und der Reflexion über eine europäische Hafenpolitik), der Forschung, dem Meer - mit der Sicherheit auf See -, der gemeinsamen Agrarpolitik und der ländlichen Entwicklung.

Debatte zum Tätigkeitsbericht

Herr Roy Perry (Hampshire) gratuliert dem Generalsekretariat und erinnert daran, dass die Folgen der EU-Erweiterung nicht ausgeblendet werden dürfen. Nach der letzten Erweiterung kamen nicht 30.000 Arbeitskräfte in das Vereinigte Königreich, sondern rund 300.000. Die Küstengebiete üben eine große Anziehungskraft aus und bewirken große Populationsbewegungen, welche die KPKR beachten muss, um für alle daraus Nutzen zu ziehen. Er beantragt, diese Fragen in das Arbeitsprogramm aufzunehmen.

M. Kevan Lim (East of England) bittet um Ausweitung des Arbeitsprogramms zur Forschung im Bereich erneuerbare Energien.

Herr Roald Bergsaker (Rogaland) legt den Akzent auf die Umsetzung der Orientierung nach Ökosystemen beim Meeresbecken-Management und die notwendige Synergie zwischen den Programmen der Forschung & Entwicklung, um neue Energiequellen aufzutun, die Energieeffizienz zu verbessern und Antworten auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu finden.

Herr Harri Helminen (Kymenlaakso) möchte, dass die Frage der Beziehungen zur russischen Föderation im Rahmen der Nördlichen Dimension berücksichtigt wird.

Herr Jérôme Polverini (Korsika) fragt sich, ob die gegenwärtigen Leitlinien der europäischen Einigung für die Mitgliedregionen der KPKR annehmbar seien, bedenkt man unter anderem, dass die Strategie von Göteborg im Vergleich zur Strategie von Lissabon in den Hintergrund geraten ist. Sind wir damit einverstanden?

Er wirft eine zweite Frage in Bezug auf das „Earmarking“: Kann man wirklich dagegen angehen? Sind die eingerichteten Mechanismen glaubwürdig, wenn es um die Verringerung der Disparitäten geht?

Beantwortung durch den Generalsekretär

Bezüglich der Migrationen teile die KPKR diese Besorgnis. Sie nehme an einer Reflexionsarbeit des *European Policy Centre* teil, deren erste Ergebnisse bei der nächsten Hauptversammlung vorgetragen werden.

Zu den Energiefragen weist der Generalsekretär darauf hin, dass die KPKR mit den Wortmeldungen der Herren Lim und Bergsaker voll übereinstimme.

Was die Beziehungen zu Russland betrifft, habe der Generalsekretär keine Diskussionen in die Wege geleitet. Diese Fragen seien im Rahmen der geographischen Kommissionen Schwarzmeer und Ostsee zu erläutern.

Als Antwort auf die von Herrn Polverini angesprochenen Fragen stellt Herr Gizard einen Rückgang der territorialen Kohäsion fest. Dies habe eine deutliche Bremswirkung auf den Erfolg des in den Vertragstexten

angestrebten „Earmarking“. Die Entwicklungschancen für die Gebiete müssten für den Zeitraum nach 2008 wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Präsident **Claudio Martini** lässt die Hauptversammlung über den Tätigkeitsbericht abstimmen; dieser wird einstimmig angenommen.

ARBEITSSITZUNG II : DAS EUROPA DES MEERES

Herr Jean-Yves Le Drian, Vorsitzender der Region Bretagne, eröffnet die Sitzung mit einem Dank an Herrn John Richardson, Leiter der Task Force Maritime Angelegenheiten, und dessen Team für das Grünbuch zur maritimen Dimension der Union. Er erinnert daran, dass diese Dimension zu den Hauptanliegen der KPKR gehört, und dass heute eine neue Diskussionsphase beginnt, die es der KPKR ermöglichen wird, ihre Stellung bei den in Livorno (zur maritimen Governance), in Stavanger (von der Nord- und der Ostseekommission mitveranstaltet) und in Gijón (über den Verkehr) geplanten Fachseminare zu bekräftigen. Die Leitlinien der Konferenz werden bei der Tagung des Politischen Vorstandes im Juni 2007 in Polen verabschiedet.

Herr Jean-Yves Le Drian stellt danach fest, dass das Grünbuch bei der Orientierung nach Ökosystemen, dem integrierten Küstenzonenmanagement, der Sicherheit im Seeverkehr und der Bedeutung des Tourismus viele Gemeinsamkeiten mit den Stellungnahmen der KPKR aufweist, aber dass auch weiterhin manches Anlass zur Sorge gebe, vor allem der Platz der maritimen Angelegenheiten in Forschung und Innovation, der Verkehr und insbesondere die Hochgeschwindigkeitsseewege und der Platz der Regionen in der maritimen Governance.

Allgemein legt er den Akzent auf die Frage der politischen Reichweite des Themas, das genauso kräftig wie die europäische Raumpolitik angepackt werden sollte.

Zum Schluss sagt er, die KPKR habe viel Hoffnung, ein paar Sorgen und sie sei fest entschlossen, diese neue Politik auf den Weg zu bringen.

Herr Rui Azevedo, Leiter der Gruppe für Prospektive Analysen von Porto, legt anschließend die Ergebnisse der Arbeiten vor, die im Rahmen des Vorhabens „Europa des Meeres“ von über 50 Regionen der KPKR durchgeführt wurden. Die Ambition dieses Vorhabens sei gewesen, Ideen für die Reflexion über die maritime Dimension zu liefern, an den festgelegten Leitlinien mitzuwirken und die Prioritäten der interregionalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu bestimmen.

Herr Patrick Anvrouin, Leiter des Vorhabens „Europa des Meeres“, erläutert die auf den Zeitraum bis Juni 2007 angelegten Aktionen. Er zeigt die Konvergenzen und negativen Punkte des Grünbuches aus der Sicht der KPKR auf und er weist darauf hin, dass die Regionen ein Umsetzungsinstrument auf der Grundlage von Dreierverträgen wünschen, um in Bereichen wie dem integrierten Küstenzonenmanagement, Naturgefahren, Küstentourismus und innovative maritime Cluster voranzukommen. Schließlich fügt er hinzu, die KPKR möchte, dass die Meeresbecken für die Umsetzung der Auflagen des Grünbuches als Bezugsräume dienen.

Herr John Richardson, Leiter der Task Force Maritime Angelegenheiten spricht zunächst das Grünbuch an. Dieses habe viel Begeisterung und positive Reaktionen ausgelöst; was die Lesbarkeit angeht sei das Ziel also erreicht. Die KPKR habe wesentlich dazu beigetragen und ihr Engagement sei geschätzt worden; es sei noch viel zu tun, unter anderem um für eine gute Abstimmung mit den Sektorpolitiken zu sorgen, und die Entschlossenheit der KPKR sei also vor dem Hintergrund der radikalen Veränderung bei der Bewirtschaftung der Meere willkommen.

Herr John Richardson hebt die Übereinstimmungen mit den Ansichten der KPKR hervor, insbesondere bei den Fragen der notwendigen Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen, des Managements der Ökosysteme und der maritimen Cluster. Er betont auch die Konvergenz in Sachen Klimawandel, Stellung des Tourismus und Sicherheit im Seeverkehr; er erwarte die Unterstützung der KPKR, damit das Paket „Erika 3“ angenommen wird. Er stimme auch dem zu, dass auf einige Punkte noch weiter eingegangen werden muss: Die maritime Identität wieder behaupten, stärker auf die positive Rolle der äußersten Randgebiete setzen, die mehr durch ihre Vorteile und weniger als Lasten betrachtet werden sollten. Hinsichtlich der Involvierung der Regionalpolitik in dieses Dossier verweist er auf die Diskussion mit Kommissarin Hübner.

Hier zeichnen sich zwei Prioritäten ab: Informationswege und Statistiken müssen verbessert werden, um die Prioritäten besser festlegen zu können und um zu wissen, wie die Mittel für die maritimen Vorhaben ausgegeben werden. Bei diesen Überlegungen sind auch die Dienststellen zu berücksichtigen. Herr Richardson erklärt, er sei an einem Diskussionsrahmen zwischen den Staaten bzw. der Kommission und den Regionen, wie von der KPKR vorgeschlagen, sehr interessiert.

In Sachen Hochgeschwindigkeitsseewege sei der private Sektor hinzuzuziehen und eine selektive Entwicklung der Häfen zu überlegen. Auch die Autobahnen hätten zu Konzentrationen geführt. Bei dieser Frage sollte das Programm Marco Polo eine große Hilfe sein.

Die maritime Forschung sei zwar leider nicht in das 7. Rahmenforschungsprogramm übernommen worden, aber die Task Force habe noch nicht ihr letztes Wort gesagt, und sie sei fest entschlossen, bei der Schaffung von integrierten Forschungsnetzwerken mitzuhelfen.

In Bezug auf das Arbeitsprogramm der KPKR weist er darauf hin, dass die sozialen Aspekte wirklich zum Kern der Anliegen der Kommission zählen, denn hier könne nichts bewegt werden, wenn die Lebens- und Arbeitsbedingungen vor allem für die Jugendlichen nicht attraktiv seien. Der Klimawandel müsse auch als wesentliche Frage betrachtet werden, denn es kündigen sich radikale Veränderungen an. Die Frage der maritimen Planung stehe im Raum. Zu klären sei, unter welchen Voraussetzungen man ein wirksames Planungssystem für die See, ausgehend von mehr Informationen, mehr Küstenplanung und verlässlichere Voraussagen, einrichten könne.

Er endet mit der Erwähnung der von der Task Force zum Thema Planung veranstalteten Seminare, bei denen die KPKR hinzugezogen wird. Ende 2007 werden die ersten konkreten Vorschläge vorliegen; bis dahin erwarte er von den Regionen, dass sie auch im Parlament und im Rat weitere Beiträge zur Debatte liefern.

Debatte zur Arbeitssitzung „Europa des Meeres“.

Herr Uwe Döring (Schleswig-Holstein), Berichterstatter für das Grünbuch beim Ausschuss der Regionen, erklärt sich zufrieden mit der Beteiligung der Regionen an dieser Initiative. Er merkt an, dass unter der deutschen Ratspräsidentschaft bereits im Januar 2007 ein Plan für die Absprache mit den Staaten vorgeschlagen und dann unter portugiesischer Präsidentschaft weitergeführt werde.

Der **Vertreter** des Devon County Council lädt dazu ein, unter der deutschen Ratspräsidentschaft mehr zu unternehmen. Seit Jahrzehnten hätten Küstenzonen, Küstengemeinschaften und kleine Fischerhäfen im Vereinigten Königreich eine stark rückläufige Entwicklung zu beklagen. Er bittet um Bereitstellung von Mitteln, um die lokalen Akteure in die Umsetzung des integrierten Küstenzonenmanagements einzubeziehen. Er unterstreicht schließlich wie schwierig die Bewirtschaftung der Offshore-Energie auf nationaler Ebene sei und bittet diesbezüglich um die Übertragung von Kompetenzen an die regionale Ebene.

Frau Gunn Marit Helgesen, Vorsitzende der Nordsee-Kommission (Telemark), meint dass im Bereich Seeverkehr die Regionen bestens geeignet seien, um das Gedankengut voranzutreiben. Die Regionen der Ost- und der Nordsee sind sehr zufrieden mit dem Grünbuch und betonen insbesondere die Notwendigkeit einer langfristig angelegten Bewirtschaftung, die Relevanz der Orientierung nach Ökosystemen und die Bedeutung der lokalen Identität und der kulturellen Dimension.

Frau Helgesen fordert die Task Force dazu auf, die Anwendung der Agenda von Göteborg zu forcieren, und meint, die Bürgerinnen und Bürger müssten an diesem Prozess beteiligt werden. Sie betont auch, dass beim Ressourcenmanagement eine flexible Vorgehensweise notwendig sei.

Herr Leslie Angus (Shetland-Inseln) beantragt die volle Beteiligung der Küstengemeinschaften am Konsultationsverfahren sowie die bevorzugte Behandlung der Fragen des sozialen Wohlstandes. Er setzt den Akzent auf die Schwierigkeiten der Küstengemeinschaften und auf deren Vorsatz, weiterhin von der Landwirtschaft und der Fischerei leben zu können.

Herr Javier Velasco (Asturien) erklärt, die KPKR und seine Region werden eine Aktion starten (mit Dreierverträgen/territorialem Pakt) bei der sie als Ideenlabor fungieren, um aufzuzeigen wie die Gesamtheit der betroffenen Akteure an der Debatte über die Wahl der Strategien und der regionalen Prioritäten teilnehmen können. Er habe ebenfalls vor, ein kleines Nachschlagewerk für „good practices“ und den zu vermeidenden Fehlern zugunsten der Atlantik-Regionen zu erstellen.

Frau Annika Carlsson (Halland) meint, bei den Kohlenstoff-Emissionen könne eine Richtlinie sinnvoll sein.

Frau Kathleen Matheson (Highland) fragt, auf welcher Weise man sicherstellen könne, dass die Regionen eine positive Rolle bei der Einführung der Regionalpolitiken spielen.

Herr Javier Morales Febles (Kanaren) legt den Akzent auf die besondere Lage der Kanarischen Inseln und von Madeira, die sich außerhalb des für den ökosystemorientierten Ansatz vorgeschlagenen Zonings befinden, obwohl beide Inselgruppen – zusammen mit den Azoren – gerade eine homogene Zone bilden. Damit die äußersten Randgebiete also besser berücksichtigt werden, sollte man sich auf eine kohärente maritime Zone einigen, auf Makaronesien nämlich.

Herr Jérôme Polverini (Korsika) macht auf die Situation des Mittelmeers aufmerksam, und fordert die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes für dieses Meer, um den Raubbau an den Ressourcen und die Zerstörung der Ökosysteme zu vermeiden. Er fordert die KPKR dazu auf, dies und auch den Mangel an konkreten Schutzmaßnahmen in ihrer Stellungnahmen zum Grünbuch zu berücksichtigen.

Herr Orhan Kirli (Canakkale) wünscht sich für das Grünbuch eine verstärkte Auseinandersetzung mit der illegalen Einwanderung, um über einen realistischeren Standpunkt der 25 und eine bessere Kenntnis der Verhältnisse vor Ort zu verfügen. Er fordert auch eine realistischere Strategie in Sachen Verkehr.

Herr Raymond Lauret (Insel Reunion) hebt hervor, die äußersten Randgebiete würden die aktiven Grenzen Europas bilden und die maritime Dimension biete diesen Regionen eine Chance (der EWR der sieben ultraperipheren Regionen ist genauso groß wie die Ostsee und das Mittelmeer zusammen) – für die EU also äußerst zweckmäßig. Es wäre daher sinnvoll, eine globale Vision der potentiellen Rolle der äußersten Randgebiete bei dieser maritimen Dimension in das Grünbuch einzufügen.

Herr Philippe Duron (Basse-Normandie) kündigt einen regionalen Beitrag zum Grünbuch an. Dieser Beitrag betreffe im Wesentlichen drei Punkte: die Sicherheit im Seeverkehr, die nachhaltige Gestaltung der Küstenstreifen, und den Fischereisektor mit den Fischereiressourcen. Er plädiert ebenfalls für die Anerkennung des Ärmelkanals als ein maritimes Gebilde.

Als Antwort auf diese Wortmeldungen betont **Herr Richardson** seinen Glauben an die Kraft des Dialogs mit den Regionen und begrüßt die Reichweite und die Qualität der Debatte. **Herr Gizard** weist darauf hin, dass sich die KPKR für die Bildung einer 7. geographischen Kommission mit Regionen um den Ärmelkanal einsetzen wird.

Die Versammlung gibt einem formellen Antrag auf Ergänzung des Berichts der KPKR zum Grünbuch statt. Darin soll die Rolle des sogenannten „Umbrella-Ansatzes“ für die Sicherheit im Seeverkehr erwähnt werden. Der Vorsitzende **Le Drian** fragt noch einmal die Teilnehmer nach letzten Kommentaren und erklärt dann den Entwurf für den Bericht als angenommen.

ARBEITSSITZUNG III: EUROPA IM BANN DER GLOBALISIERUNG

Frau Christel Liljeström (Itä-Uusimaa) führt den Vorsitz dieser Sitzung und leitet die Beiträge ein, indem sie die Frage der Stellung der Regionen im neuen globalen Kontext aufwirft: Sind neue Netzwerke notwendig? Eine neue Organisationsstruktur? Neue Kooperationsmittel?

Herr Claudio Martini (Toskana) teilt der Versammlung die Ergebnisse des von der KPKR auf den Azoren veranstalteten Seminars zum Thema «Regionen und Globalisierung» mit, bei dem im Juni 2006 Regionen aller fünf Kontinente vertreten waren. Bei den meisten Fragen könne man die globale Dimension nicht außer Acht lassen: Immigration, Energie, Sicherheit im Seeverkehr, aber auch Landwirtschaft, ein Bereich, der zum Weltproblem geworden sei. All diese Problematiken führen uns zu einer globalen Betrachtungsweise, bei der die Regionen eine Rolle zu spielen haben.

Drei Hauptrichtungen wurden herausgearbeitet:

- Bei den Institutionen: Alles bewegt sich um uns herum, außer den Institutionen, die sich nicht genug bzw. nicht schnell genug entwickeln, weil die Demokratie nicht mit derselben Geschwindigkeit arbeitet;
- Verbindungen zwischen Globalisierung und regionale bzw. lokale Identität: Hier geht es um einen sehr empfindlichen Punkt, bei dem auf dem Grat zwischen der globalen Dimension und den lokalen Situationen balanciert werden muss;
- Zusammenarbeit und Partnerschaft: Es gibt viele Ungleichheiten, auf die unsere Gesellschaften mit Solidarität und einer größeren Konvergenz antworten müssen.

Abschließend betont er die Notwendigkeit einer dynamischen Vorgehensweise und Vision, um den zwangsläufigen Globalisierungsprozess zu verbessern. Europa kann dazu beitragen, wenn es für die Werte der Solidarität und der Demokratie einsteht.

Frau Christel Liljeström gibt danach eine Einführung für drei Beiträge zur Veranschaulichung der wesentlichen Herausforderungen der Globalisierung.

Herr Gustavo Matias, Professor an der Universität von Madrid, liefert einen Beitrag über die Folgeerscheinungen der Globalisierung für die EU. Er erläutert Aspekte wie die Wirkungen des Handels auf die Integration des Kapitals, die globale Verlagerung des Produktionsprozesses und das Konvergenzphänomen bei Einkommen und Technologien.

Herr Patrick Géraud, Leiter bei der EIB, stellt das Wirken der europäischen Bank dar und die Art und Weise, wie dieses Wirken zur Strategie von Lissabon beiträgt. Er zeigt auf, welche Bedeutung der Umwelt- und Sozialmaßnahmen zukommt, und auch die Rolle der Bank im Bereich Risikoübernahme. Er ist der Meinung, die Mitgliedstaaten sollten tiefer in die Tasche greifen.

Herr Ronan Uhel, Leiter der europäischen Umweltagentur, gibt einen besonders dramatischen Einblick in die Situation. Er spricht von den diversen Folgen der Klimaveränderungen, geht länger auf die zahlreichen Konsequenzen für die Küstenregionen und deren Bewohner ein. Herr Uhel bemerkt, dass 80% der Küstenregionen als mäßig bis hochgradig gefährdet betrachtet werden. Er zitiert unter anderem die Auswirkungen des Luftverkehrs, die Vermehrung von Ferien- und Wochenendhäusern oder die fehlenden Sedimentablagerungen am Meeresgrund. Dagegen müsse auf allen Ebenen - der lokalen, nationalen, europäischen - etwas unternommen werden - aber es gebe nur wenig Staaten, die mit ihrer Vorgehensweise dieser Problematik gerecht werden.

Herr Javier Morales Febles (Region Kanaren) geht auf das Problem der ordnungswidrigen Einwanderung ein, mit dem sich das Archipel zur Zeit auseinandersetzen muss. Er schildert die Ergebnisse aus dem Seminar über die Einwanderung auf den Inseln, das neulich auf Teneriffa statt gefunden hat.

Herr Giovanni Camilleri, ART International Coordinator beim UNDP hebt die gemeinsamen Interessen des UNDP und der KPKR hervor. Er erwähnt die Handlungsmöglichkeiten, die seiner Meinung nach auf allen Ebenen zu nutzen sind. Der Ausbau von Partnerschaften und der Austausch von „good practices“ müssen sich auf die in den einzelnen Ländern vorhandenen territorialen Netzwerken stützen (dabei müsse man sich aber im Klaren sein, dass in manchen Staaten ein extrem zentralistisches Regime vorherrscht). Auf alle Fälle seien die Projekte zu rationalisieren und die überflüssige Ausuferung von Maßnahmen zu vermeiden.

Debatte

Frau Sakina El Moussaoui (Andalusien) hebt hervor, es sei angebrachter von ordnungswidriger, anstatt von illegaler Einwanderung zu sprechen. Die Integration der Einwanderer solle auf bilateraler Basis erfolgen, mit gleichen Rechten und Pflichten für die Beteiligten.

Ein britischer Vertreter fragt den Vertreter der europäischen Umweltagentur, ob wir diesbezüglich wirklich einen Punkt erreicht hätten, an dem es kein Zurück mehr gibt.

Herr Ronan Uhel antwortet ihm, dass wir uns tatsächlich kritischen Punkte nähern, und dass bis 2030-2050 einige Gebiete in Europa womöglich nicht mehr bewohnbar sein werden. Was das Problem der Wasserversorgung betrifft, könne man von Fristen bis um 2020 ausgehen.

Herr Antonio Fonseca Ferreira (Lisboa e Vale do Tejo) greift die von Präsident Martini in seinem Beitrag angesprochenen Fragen auf. Er geht besonders auf die drei erwähnten Schlüsselaspekte ein, nämlich die Institutionen, die globale/lokale Ebene und die Bedeutung der Partnerschaft. Er unterstreicht, dass die Frage der Identität ebenfalls ein grundlegender Aspekt darstellt. Darüber hinaus erinnert er daran, dass das Tun der KPKR im Rahmen der europäischen Institutionen statt findet, und er fragt sich, ob wir nicht zuerst unsere eigenen institutionellen Probleme lösen sollten, bevor wir handeln.

Präsident Martini antwortet, das Fortschreiten der Institutionen sei langsamer als das wirtschaftliche Geschehen, und daraus würden sich Ungleichgewichte ergeben, die für die Bevölkerung schwer zu verstehen seien. Ihm scheinen zwei Aktionsfelder als vorrangig: Zum einen die Vereinten Nationen zu reformieren, zum anderen die Institutionen auf der regionalen Ebene zu mobilisieren. Präsident Martini erwähnt auch das Beispiel kleiner Unternehmen aus der Toskana, denen es gelungen ist, sich in der Globalisierung zurechtzufinden.

Herr Yavuz Mildon, Vorsitzender der Kammer der Regionen im Europarat, schaltet sich zur Frage der Anpassung der Regionen an die Globalisierung ein. Er ruft die Ziele und die Organisation des Europarates ins Gedächtnis und erwähnt einige der zuletzt von der Kammer durchgeführten Maßnahmen. Die Kammer sei bemüht, einen Mechanismus für die Konsultation der lokalen und regionalen Regierungen einzurichten. Herr Mildon wünscht eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der KPKR, insbesondere in der Zone Balkan/Schwarzes Meer. Darüber hinaus wünscht er eine tatkräftige Unterstützung der regionalen Autonomien, denn nur starke Regionen würden sich der Herausforderung der Globalisierung stellen können.

Freitag, 27. Oktober 2006

**ARBEITSSITZUNG IV: ERFOLGREICH SEIN FÜR 2007-2013, VORBEREITUNGEN TREFFEN FÜR 2014
- AUSSICHTEN FÜR DIE KPKR**

Präsident **Martini** begrüßt Kommissarin **Danuta Hübner**: Er bedankt sich für ihre Anwesenheit und auch für die Qualität des Dialogs, den diese seit ihrem Eintritt in die Europäische Kommission als Kommissarin für Regionalpolitik mit der KPKR aufgebaut hat.

Als Einführung zur Sitzung schildert **Herr Philippe Cichowlaz** den Stand der Dinge in Sachen Mitwirkung der Regionen zur Regionalpolitik. Er greift noch einmal die positiven und negativen Punkte der von der EU für den Zeitraum 2007-2013 festgelegten Finanzentscheidungen auf und zeigt auf, welche Hauptfragen in Zukunft für die Vorbereitung auf den nächsten Zeitraum behandelt werden müssen: Fähigkeit der Regionen und Governance, zentrale Rolle der Innovation, Werkzeuge, die den Regionen für eine erfolgreiche Entwicklung zur Verfügung stehen (Konkurrenz, finanzielle Instrumente, Mehrwert der Netzwerke).

Er legt den Akzent auf die bevorstehenden Herausforderungen in Sachen Demographie, Wettbewerbsfähigkeit, Technik und Forschung, Klimawandel und territoriale Dimension.

Zum Schluss weist er auf die nächsten Etappen hin: Kohäsionsbericht im Frühjahr 2007, Wiederaufnahme des Verfassungsprojektes und Debatte zum Zeitraum 2008-2009 als Vorbereitung auf die Periode nach 2013.

Herr Claudio Martini beschreibt den Hintergrund, der heute für die Zukunft der Regionalpolitik maßgebend ist. Er zieht eine Parallele zwischen den Aussagen von 1999 und dem was heute mit dem Beginn der Vorbereitungen auf 2014 zum Ausdruck gebracht wird.

Er rät zu einer positiven Haltung in einem nicht sehr günstigen Kontext, der geprägt ist durch die unzureichend kontrollierten Globalisierung, die Pannen des politischen Europas, die folgenlosen Strategien von Lissabon und Göteborg. Dieser Kontext habe aber auch Vorteile vorzuweisen: Ein nach außen offenes Europa, eine lebendige regionale Demokratie, die sich den anderen öffnet.

Für die Regionen gilt also vor allem, einig zu bleiben, um damit ihr Modell und ihre Werte fördern zu können.

Ideen für die Zukunft bahnen sich langsam ihren Weg:

- Unumgehbare Rolle der Regionen im Weltwirtschaftsleben, notwendige Innovation im Bereich immaterielle Wirtschaft im europäischen Rahmen, auf den wir uns weiterhin beziehen;
- Erfordernis der nachhaltigen Entwicklung und der erneuerbaren Energien;
- Neue Bedingungen für die Governance der Politiken und insbesondere Bedeutung des Dreiparteiensystems Europa/Staaten/Regionen;
- Erfordernis der territorialen Kohäsion, bei der Präsident Martini zur Bildung von *Generalständen* aufruft.

Frau Danuta Hübner, Europäische Kommissarin für Regionalpolitik, dankt der KPKR für ihren Einsatz und für die hilfreiche Unterstützung, die zur Beibehaltung einer zufriedenstellenden Regionalpolitik beigetragen hat.

Für den Zeitraum 2007-2013 werden mehr als 400 Programme und rund 500 Milliarden € (800 alle Finanzierungsquellen eingeschlossen) in die Regionen investiert. An diese Investitionen sind zwei Bedingungen geknüpft: Gewährleistung der Konvergenz und Berücksichtigung des aktuellen Kontexts, der Konkurrenzfähigkeit nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch weltweit voraussetzt.

Gibt es einen Gegensatz zwischen Konvergenz und Konkurrenzfähigkeit? Nein. Aber die territoriale Kohäsion muss in die Konkurrenzfähigkeit integriert werden; die europäische Kommission wird im Rahmen der gemeinschaftlichen strategischen Leitlinien dafür sorgen.

Der Übergang zur immateriellen Wirtschaft, der den anbrechenden Zeitraum kennzeichnet (Forschung/Innovation, Humankapital, Partnerschaften...) hängt wesentlich von den regionalen Rahmenbedingungen ab, und jede Region muss sich so schnell wie möglich auf diesen Übergang vorbereiten.

Heute konzentriert sich die Hälfte der Forschungsausgaben auf 35 Regionen (darunter 34 in der Fünfzehnergemeinschaft) und 45 Regionen verwenden weniger als 0,5% ihres BIP für die Forschung. Um dieser Situation Herr zu werden, sind öffentliche Investitionen zu fördern. Ohne sie läuft gar nichts. Dies zeigt, dass für die territoriale Kohäsion und die Konkurrenzfähigkeit derselbe Bezugsrahmen zu Grunde gelegt werden muss.

Die Kommission trägt ihren Teil durch integrierte Ansätze und urbane Initiativen dazu bei. Aber das mächtigste Instrument bleibt die Partnerschaft zwischen mehreren Ebenen, denn dank der Fähigkeit, gemeinsam zu arbeiten, bringt sie Entwicklung und Innovation in die abgelegenen Gebiete. Um hier erfolgreich zu sein, braucht man die regionalen Netzwerke.

Bezüglich der Ähnlichkeit der Aussagen von heute und von 1999 meint Frau **Danuta Hübner**, es wäre ein großer Fehler, sich dadurch beeindruckt zu lassen, und hier sei eine positive Haltung geboten. Den Regionen muss eine größere Rolle zugeteilt werden und insofern es erwiesen ist, dass die Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen auf der nächsten Ebene bevorzugen, so spricht dies zugunsten einer Neubelebung des Subsidiaritätsprinzips.

Sie beendet ihren Beitrag mit dem Wunsch, dass der Dialog mit der KPKR eine positive Entwicklung erfahre.

In seiner Antwort legt Präsident **Valcarcel Siso** den Akzent auf die Notwendigkeit einer neuen Wettbewerbsstrategie für die Regionen. Diese wollen auf dem internationalen Parkett präsent sein und müssen ein Entwicklungsmodell anwenden, welches das Duo Technikangebot/Innovation fördert. Weitere Bedingungen sind zu erfüllen, um dieses Ziel zu erreichen: Die Bindungen zwischen den Forschungszentren müssen verstärkt werden, bereits in der Schule muss eine Kultur der Nicht-Diskriminierung gefördert werden, die Lebensqualität muss gewährleistet sein, man muss sich auf die kulturelle Identität stützen.

Herr Ramón Luis Valcarcel Siso (Murcia) ist der Meinung, die Erfolgsfaktoren seien in den Regionen zu suchen, einschließlich des Mehrwerts der interregionalen Zusammenarbeit und der Netzwerke. Also müssten die Arbeitszweige untereinander abgestimmt und die „unsichtbaren Grenzen“ beseitigt werden (Verweis auf die Theorie der selektiven Nachteile).

Das alte Entwicklungsmodell sei überholt; es zeichne sich ein neues Modell ab, das auf Konkurrenzfähigkeit gründet und eine langfristige Zukunftsvision beinhaltet.

Abschließend wünscht er, dass die Regionen ihre Ängste vor der Eingliederung in die Weltbühne überwinden.

Herr Alberto Navarro, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten des Königreichs Spanien, erinnert daran, dass Spanien dieses Jahr „20 Jahre EU-Beitritt“ feiert und meint, dies seien die besten Jahre seiner zeitgenössischen Geschichte.

Bei den Verhandlungen für 2008-2009 merkt er an, 85% der Ressourcen der Union seien keine eigenen Mittel. In diesem Punkt befürworte Spanien den Grundsatz der ausreichenden Mittel (die Ressourcen müssen sich nach den eingegangenen politischen Verpflichtungen richten); es befürworte ebenfalls eine Sonderbehandlung der ultraperipheren Regionen (UPR) sowie das Prinzip einer auf den vorhandenen Reichtümern basierende Verteilung. Spanien werde darauf achten, dass die Gemeinschaftspolitiken auf Qualität und auf Mehrwert ausgerichtet sind, mit vorrangiger Behandlung der Regionalpolitik, aber auch von GAP, Fischerei, Umwelt, Bildung, Einwanderungspolitik und Energie.

Herr Navarro weist darauf hin, dass Spanien bereit ist, mit der KPKR eine Konferenz über die Zukunft der Regionalpolitik zu veranstalten. Zu dieser Konferenz im Januar 2008 in Sevilla sollen alle „Freunde des territorialen Zusammenhalts“ geladen werden.

Er hebt hervor, dass wir ein politisches Europa, ein Europa der Werte – Demokratie, Nicht-Diskriminierung, Solidarität auch im Weltmaßstab –, ein Europa der Bürger brauchen, was die Weiterführung des Gedankens der europäischen Bürgerschaft voraussetzt. Zum Schluss betont er, dass wir ein transparentes, wirkungsvolles und maßgebendes Europa brauchen, was eine Verstärkung der Demokratie voraussetzt.

Debatte zur Arbeitssitzung „Erfolgreich sein für 2007-2013, Vorbereitungen treffen für 2014“

Herr Claudio Martini dankt Alberto Navarro für dessen Vorschlag, 2008 ein Treffen der „Freunde des territorialen Zusammenhalts“ zu organisieren.

Frau Christel Liljeström, Vorsitzende der Ostsee-Kommission, dankt Kommissarin Hübner für ihren „guten Vortrag zur richtigen Zeit für die richtige Zuhörerschaft“. Sie weist noch einmal darauf hin, dass die Regionen ihre Wettbewerbsfähigkeit festigen müssen, und dass dafür die öffentlichen und privaten Akteure unbedingt in Verbindung zu bringen sind. Im Namen der Ostsee-Kommission ruft sie die KPKR dazu auf, in diesem Sinne ein Interkommissionsgruppe zum Thema Innovation zu bilden.

Herr Humphrey Temperley (Devon) überlegt, wie man den ländlichen Zonen mit Entwicklungsrückständen helfen könnte.

Herr Jorma Pitkälä (Paijat Häme) meint, über die Regionalpolitik der EU könne man nur im Kontext der Globalisierung diskutieren. Er ist der Ansicht, die Wettbewerbsfaktoren der einzelnen Regionen und deren Auswirkungen zu bewerten. Er ruft dazu auf, in den kommenden Jahren wesentliche Änderungen in der regionalen Entscheidungsfindung vorzunehmen: Es muss ein neuer Verhaltenscodex mit mehr Veränderungsbereitschaft eingeführt werden, mehr umweltgerechte Kreativität...; erforderlich sei eine zentrale Gewalt, aber genauso sei die Dezentralisierung zur Betonung der lokalen Besonderheiten notwendig. Nach 2013 muss der neue Gesetzesrahmen für die Beziehungen zwischen EU und Regionen eine breite Akzeptanz finden und den Regionen mehr Platz einräumen. Denn will man die beste Art zu Leben, erfordert dies eine kritische Masse an Regionalentwicklung.

Frau Gemma Amor Pérez (Comunidad Valenciana) freut sich darüber, dass für die Gemeinschaft von Valencia Ziel 1 erreicht ist und erklärt, ihre Region sei bereit, erfolgreich Ziel 2 anzupacken: Sie setzt auf Innovation, sozialen Zusammenhalt und Wettbewerbsfähigkeit. In dieser Hinsicht sei sie stolz darauf, dass die Gemeinschaft von Valencia als einzige Gegend von Spanien zu den Regionen der Strategie von Lissabon gehört. Sie stellt sich zudem auch Fragen über die Umsetzung der Technik- und Einwanderungsfonds.

Herr José Ángel Zubiaur (Navarra) berichtet über die Ergebnisse des Seminars „Energie für die Peripherie“. Er erinnert daran, dass in Navarra der Energieverbrauch aus erneuerbaren Quellen im Jahre 2003 bei 14% lag - daher wurde die Region 2003 in Stavanger von der KPKR damit beauftragt, eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema koordinieren. In einer kleinen Region, deren BIP 123% des gemeinschaftlichen Durchschnitts erreicht, haben die erneuerbaren Energien sehr viel Nebennutzen: Mehr als 6000 Arbeitsplätze in dem Sektor, das heißt 6% der regionalen Berufstätigen, über 40 Unternehmen, Begrenzung der CO2-Emissionen usw. Er ist der Meinung, die Forschung & Entwicklungspolitik habe hier eine wichtige Rolle gespielt, aber ausschlaggebend sei die Governance gewesen.

Im Namen der britischen Mitglieder der KPKR äußert **Herr Tony Fitzpatrick** (South of Scotland Alliance) deren Besorgnis bezüglich der Konkurrenzfähigkeit und der Agenda von Lissabon. Diese befürchten nämlich, dass die Maßnahmen und die Mittelbereitstellungen im Bereich Beschäftigung in erster Linie für die Städte bestimmt seien, auf Kosten der ländlichen und peripheren Zonen. Er fragt Kommissarin Hübner ob sie denkt, dass die Konkurrenzfähigkeit eine Stütze für die territoriale Kohäsion sein kann, und überlegt, ob sich im Gegenteil die Kluft zwischen Stadt und Land nicht zu vergrößern droht.

Frau Danuta Hübner antwortet auf die Fragen:

- Sie schätze die Idee der Ostsee-Kommission, eine Arbeitsgruppe zum Thema Innovation zu gründen. Ihrer Meinung nach entspreche dies den Vorstellungen der europäischen Kommission zur Kohäsionspolitik und auch zu den übrigen Politiken, denn Innovation reiche sehr weit über technische Neuheiten hinaus.
- Den EFRE betreffend: Sie werde mit den Briten Kontakt aufnehmen, um ein Bild der konkreten Probleme vor Ort zu bekommen. Sie meint, es gebe keine Land/Stadt-Diskriminierung. Es müsse lediglich eine wirksame Abstimmung der Gebiete untereinander gewährleistet sein: In einigen Bereichen müssten ländliche und regionale Fonds ganz klar auseinander gehalten werden. In anderen Bereichen müsse man eine Wahl treffen und es sei eine Koordinierung vor Ort erforderlich, um Überflüssiges oder Überschneidungen zu vermeiden. Die Mittelvergabe müsse auf nachhaltige Entwicklung ausgelegt sein. Der Unterschied zwischen Stadt und Land sei nicht mehr das Wesentliche.
- Zum Technik-Fonds: Die Verhandlungen mit den Staaten seien angelaufen und die endgültige Aufteilung werde von den Mitgliedstaaten vorgenommen. Frau Hübner ist der Meinung, die Gelder müssen klar verwaltet werden: Es gäbe zahlreiche Innovationsfonds, die Verwendungsmöglichkeiten seien für jeden Einzelnen zu prüfen. Zum Schluss weist sie darauf hin,

dass mit der spanischen Regierung ein Abkommen über einen erforderlichen Leistungsvorbehalt vorliegt.

Herr Alberto Navarro ruft ins Gedächtnis, dass zur Zeit im Rat über 3 Einwanderungsfonds diskutiert wird:

- Für die Land- und Luft-Außengrenzen;
- Zur Rückführung der Immigranten, von Brüssel ab Januar 2007 finanziert;
- Für die Integration der legalen Einwanderer und die Eingliederung in die Aufnahmestrukturen.

Kaffeepause

Herr Michel Delebarre, Vorsitzender des Ausschusses der Regionen, möchte von vorne herein auf die engen Beziehungen zwischen KPKR und AdR hinweisen, die sich unter anderem durch die Aufstellung eines gemeinsamen Arbeitsprogramms zeigen. Er unterstreicht auch die übereinstimmenden Stellungnahmen bei wichtigsten Dossiers, insbesondere bei der territorialen Kohäsion.

Auf diesen letzten Punkt geht er genauer ein. Er hebt einerseits hervor, dass der AdR bei dieser Frage auf jeglichen Versuch, das „Strickwerk des Verfassungsentwurfs wieder aufzuziehen“ achten werde, andererseits dass man nicht unbedingt einen Vertrag haben müsse, sondern dass der politische Wille genüge.

Das Konzept der territorialen Kohäsion geht weit über die mit Schwierigkeiten kämpfenden Gebiete hinaus, es geht auch um die Governance der Politiken, die uns veranlasst, die Subsidiarität zu überdenken. Subsidiarität solle sich durch mehr Kohärenz und auf das neue rechtliche Kooperationswerkzeug stützen. Präsident Delebarre schlägt vor, dass AdR und KPKR im Rahmen des territorialen Dialogs ihre Kräfte einigen.

Im Hinblick auf die Herausforderungen für die maritimen Regionen sieht er die maritime Initiative als wesentliche Maßnahme, die sich sehr positiv auf die nachhaltige Entwicklung auswirkt. Diese neue Politik muss sich in die Kohäsionspolitik einfügen, ohne die Grundlagen der Regionalpolitik zu gefährden.

Herr Delebarre hebt hervor, dass wir uns bei der Vorbereitung der nächsten Periode keinen Fehler leisten können. Vor allem müssen wir den Mehrwert der Regionalpolitik beweisen, denn dieser sei weiterhin in seinem Bestehen bedroht. Dafür müsse man die Partnerschaften verstärken und sich zusammenschließen, um sich gegen die Renationalisierungsversuche zu stellen.

Für 2008-2009 wird der AdR eine Prospektivstellungnahme vorlegen, für welche Vorsitzender Chavez (Andalusien) zuständig ist. Diese Mitteilung sollte sich auf eine breitere Auffassung der finanziellen, institutionellen, strategischen und integrierenden Hebelwirkung stützen.

Er beendet seinen Vortrag mit der Feststellung, der Erfolg dieser ehrgeizigen Politik erfordere ein anderes Herangehen an den gemeinschaftlichen Etat, der vor allen Dingen durch die notwendigen Ausgaben bestimmt werden müsse, die wiederum den Ressourcenbedarf einschließlich eigener Ressourcen bestimmen. Bei dieser Reflexionsarbeit wünscht er sich die Hilfe der KPKR.

Schließlich räumt er noch ein, dass die neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Globalisierung mehr Chancen als Bedrohungen in sich bergen, und dass vor diesem Hintergrund die anfälligsten Regionen unterstützt werden müssen.

Herr Antti Mykkänen, Staatssekretär und Vertreter der finnischen Ratspräsidentschaft, nennt die Prioritäten der Präsidentschaft:

- Sicherstellen, dass die Kohäsionspolitik richtig umgesetzt wird und dass sie die Herausforderungen der Zukunft herausstellt;
- Die Konkurrenzfähigkeit über die Agenda von Lissabon verstärken;
- Der Kohäsionspolitik mehr Gewicht verleihen, um sich somit den weltweiten Herausforderungen zu stellen.

Das Know-how befinde sich in den Regionen, deren „good practices“ unter anderem im Bereich Innovation und Arbeitsbedingungen zu fördern seien. Dafür sei eine weitgehende Einbeziehung der Partner notwendig; hier stelle sich die Frage, welchen Beitrag die Kohäsionsinstrumente liefern können.

Die finnische Ratspräsidentschaft möchte auch das Augenmerk auf die Bedeutung der externen Zusammenarbeit lenken, unter anderem für die Grenzgebiete. Herr Mykkänen unterstreicht schließlich die Bedeutung der Nachbarschaftspolitik und der Zusammenarbeit an den Innengrenzen der EU.

Was die maritime Politik betrifft, ist er der Ansicht, das Grünbuch sei vollständig und er merkt an, die finnische Ratspräsidentschaft werde die Debatte dadurch fördern, dass sie gezielt auf die Fragen lenkt, die den Mehrwert der Initiative beweist. Abschließend betont er, Europa müsse sich der Welt öffnen.

Herr Adàn Martin Menis, Präsident der Regierung der Kanaren, richtet seinen Beitrag auf die Einwanderungsfrage. Er weist gleich darauf hin, dass die Probleme ein solches Ausmaß annehmen, dass weder die Herkunftsländer noch die Regionen, welche die Folgen dieser Völkerwanderungen zu tragen haben, in der Lage seien, allein zu handeln, sondern dass wir es mit einer Frage europäischer Dimension zu tun haben. Die von der Kommission heute getroffenen Maßnahmen seien allerdings zu zaghaft und als Antwort unzureichend.

Er nennt, was am dringendsten benötigt wird: Den Status des illegalen Ausländers genauer zu definieren, eine für die Inseln spezifische Politik einzuführen und sich Gedanken über die Einführung von Quoten, die den Regionen in Sachen Beschäftigung angemessenen sind, machen.

Ein nachhaltiges und wirksames Überwachungswerkzeug sowie die Einführung eines globalen Aktionsplanes, für alle betroffenen Staaten, alle Ursachen und Konsequenzen werde nun gebraucht.

Die aktuelle Lage sei ernst und durch eine gewisse Handlungsunfähigkeit gekennzeichnet (Einstimmigkeit unmöglich erreichbar innerhalb der 25 Staaten). Abschließend macht er noch auf die Absurdität der Situation aufmerksam. Die Regionen müssten Konsequenzen tragen und Antworten liefern, ohne über die notwendigen Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten zu verfügen. Er bittet die Regionen, sich zu mobilisieren und ruft den AdR und die KPKR dazu auf, sich bei diesem Dossier in vollem Umfang einzusetzen.

Herr Derek Martin, Leiter der internationalen Angelegenheiten der Niederlande, hebt hervor, dass der gemeinsame Punkt bei den zu meisternden Herausforderungen deren Auswirkungen auf die Gebiete sei und dass die Antwort in einer besseren Abstimmung der Politiken untereinander liege.

In den vergangenen Jahren seien auf gemeinschaftlicher Ebene deutliche Fortschritte gemacht worden: IKZM, strategische Rahmenbedingungen, Einrichtung des ORATE, Grünbücher... aber die Reaktionszeiten seien noch zu lang angesichts der Beschleunigung der zu beobachtenden Phänomene.

Er weist darauf hin, dass mit den Studien des ORATE neue politische Initiativen im Bereich territoriale Entwicklung angelaufen sind, um Trends zu identifizieren und Leitlinien zu liefern.

Was ist jetzt zu tun? Eine „territoriale Agenda« (politisches Papier) wird gerade diskutiert. Sie soll die territoriale Kohärenz fördern und die Ergebnisse aus den Arbeiten des ORATE in die Kohäsionsberichte und die Reflexionsarbeit über die Städte einarbeiten.

Er ruft sämtliche Akteure dazu auf, an diesem Vorgang zum Zweck der Identifizierung der territorialen Auswirkungen der Politiken mitzuwirken. Zum Abschluss gibt er folgende Botschaften mit auf den Weg: Die territoriale Agenda sein ein lebendes und dynamisches Werkzeug, das die Gemeinschaftspolitiken brauchen, um sich den Herausforderungen anzupassen; der integrierte Ansatz ist eine dringende Notwendigkeit; die Regionen müssen ihre Stärken in diesem Kontext identifizieren und die KPKR besitzt alle Merkmale, um ihnen als wirksames Sprachrohr zu dienen.

Präsident **Martini** wünscht, dass die Regionen der KPKR an der Arbeit im Rahmen der territorialen Agenda beteiligt werden.

Der Vertreter von Asturien schildert die Ergebnisse der Studie über den Beitrag der Regionen zu den Zielen Beschäftigung und Ausbildung der Strategie von Lissabon unter der Federführung der KPKR. Aus dieser Studie gehe hervor, dass den Regionen eine immer größere Rolle zukommt. Er weist darauf hin, dass bei „good practices“, die identifiziert werden konnten, für eine breite Verteilung gesorgt wird.

Herr Claudio Martini schließt die Sitzung mit einer Zusammenfassung der Inhalte des Vormittags. Vier Gedanken stehen im Vordergrund:

- Die Rolle der Regionen;
- Das Erfordernis einer nachhaltigen Entwicklung;
- Die Einrichtung einer neuen Governance;
- Die Förderung von Forschung und Innovation.

Diese Fragen seien im Hinblick auf die Nach-2013-Debatte in eine Bündnis-Strategie einzubinden.

Ist unsere interne Organisation für die Herausforderungen der Zeit nach 2013 gewappnet? Im Prinzip ja, denn wir sind flexibel genug. Aber die Frage müsse gestellt und in einer internen Diskussion geklärt werden. Dies werde auf der Grundlage einer Umfrage geschehen, die anlässlich der Tagung des Politischen Vorstandes von Februar 2007 in Florenz vorgelegt wird. Die Antworten werden dem PV von Podlachien im Juni 2007 vorgelegt und die praktischen Schlüsse daraus bei der Hauptversammlung von Oktober 2007 in Rom diskutiert.

Präsident **Martini** bittet ausdrücklich die Vorsitzenden der Regionen, sich persönlich mit diesem Fragebogen zu befassen.

Herr Antti Mykkänen betont, dass die Regionen eine immer wichtigere Rolle zu spielen haben. Finnland sei einverstanden, an dem von Spanien und der KPKR vorgeschlagenen Treffen der „Freunde des Zusammenhalts“ teilzunehmen.

Herr Adàn Martin Menis betont die Notwendigkeit, die beschlossenen Politiken in die Tat umzusetzen, sich darüber klar zu werden, dass wir in einer globalen Welt sind, und über eine klare Einwanderungspolitik zu verfügen.

ARBEITSSITZUNG V: VORSTELLUNG DER NEUEN MITGLIEDREGIONEN

Herr David Parsons stellt die Region East Midlands – UK vor. Diese bilde eine Nahtstelle zwischen London und dem Norden Englands und sei durch wertvolle Lebensräume, durch ihren ländlichen Raum und den Hafenbetrieb gekennzeichnet, weise aber stellenweise Armutprobleme und Ausbildungsdefizite auf. Er zähle auf die KPKR, um den Sektor der erneuerbaren Energien zu entwickeln und eine erfolgreiche Politik der sozialen Eingliederung zu führen.

Frau Kjell-Arne Landgren stellt Schonen vor. Es handele sich um die südlichste Region Schwedens, die mit den Nachbarregionen aus Dänemark, Deutschland und Polen verbunden sei. Die Region habe eine sehr hohe Bevölkerungsdichte, sei historisch bedeutsam und besitze Landschaften von großer Vielfalt mit Küsten auf einer Länge von 300 Kilometern. Die gewählte Versammlung entscheide über das Gesundheitswesen und die wirtschaftliche Entwicklung, verfüge über einen Etat von rund 3 Milliarden € und sei für die maritime Sicherheit an Kooperationen in der Ostsee beteiligt.

ARBEITSSITZUNG VI: HAUSHALTSENTSCHEIDUNGEN

Herr Yves Morvan, Vorsitzender, und **Herr Jacques Boulau**, Schatzmeister des Verwaltungsrates, legen die Rechnungsaufstellung vor.

Jahresabschluss 2005

Der Jahresabschluss wurde bei der Sitzung des PV von Gozo und bei der Hauptversammlung des Verwaltungsrates verabschiedet. Die Abweichung zwischen dem festgelegten Budget (das Ergebnis wurde auf -33000 € veranschlagt) und der Ausführung (das Jahresergebnis beläuft sich auf -38575 €) ist minimal. Zum 31.12.2005 beträgt der Gesellschaftsfonds 915.000 €. Da es keinerlei Bemerkungen oder Wortmeldungen gibt, bittet der Präsident um Abstimmung über den Jahresabschluss 2005: Die Versammlung nimmt sie einstimmig ein.

Info zum Rechnungsjahr 2006

Die Ausführung des Budgets verläuft wie geplant. Zum jetzigen Zeitpunkt des Jahres weist die Jahresprojektion Gesamterträge (KPKR, geographische Kommissionen, Zusammenarbeitsprogramme und Konferenz der Städte aus dem Atlantikbogen) von 3.238.060 € und Gesamtkosten von 3.124.903 € auf. Nach Einbindung der außergewöhnlichen Erträge und Kosten und nach Bildung der erforderlichen Rücklagen ist das voraussichtliche Ergebnis negativ (-36.498 €). Der Wirtschaftsplan 2006 war mit einem negativen Ergebnis von - 35.156 € verabschiedet worden.

Wirtschaftsplan 2007

Er leitet sich vom Haushalt 2006 ab: Gemäß der bei der Hauptversammlung von Stavanger im Jahre 2004 getroffenen Entscheidungen wird die Beitragserhöhung der europäischen Jahresinflationsrate entsprechen, also 2,48 %. Folglich gilt für die Mitgliedschaft in der KPKR für das Jahr 2007 folgender Beitragssatz:

0,009508 € pro Einwohner

Mindestbeitrag: 5.912 € für die Regionen mit weniger als 621.760 Einwohnern.

Herr Boulau merkt an, bei den jeweiligen Hauptversammlungen habe die Atlantikbogen-, die Insel- und die Mittelmeer-Kommission ebenfalls eine Anpassung ihrer Beiträge auf der Grundlage der europäischen Inflationsrate verabschiedet.

Die Ausgabenposten sind im Schnitt um 2 % gestiegen, außer bei den Reisekosten, bei denen vorgeschlagen wird, einen niedrigeren Betrag anzusetzen.

Als außergewöhnliche Ausgabe werden 5.000 € für eine Veranstaltung der Nordsee-Kommission eingeplant; Für die Umsetzung der mit dem UNDP unterzeichneten Vereinbarung wird ein Betrag von 120.000 € vorgeschlagen, der als außergewöhnlicher Posten einmalig aus den Rücklagen finanziert werden soll.

Der Wirtschaftsplan 2007 ist mit Gesamterträgen (KPKR, geographische Kommissionen, Kooperationsprogramme und Konferenz der Städte aus dem Atlantikbogen) von 2.916.270 € und Gesamtkosten von 2.971.753 € ausgeglichen und wird so verabschiedet. (einstimmig angenommen)

Präsident Martini erinnert daran, dass dieser Wirtschaftsplan am Vortag einstimmig vom Politischen Vorstand angenommen wurde und eröffnet die Debatte.

Herr Angus Campbell (Western Isles) und der Vertreter von Andalusien beantragen, dass das regionale BIP in die Haushaltsunterlagen aufgenommen wird.

Frau Josefina Moreno (Murcia) stellt den Antrag, dass in den nächsten Haushaltsunterlagen die Kosten für Personal, Reisen usw. im Detail aufgeführt werden.

Herr Xavier Gizard erklärt sich damit einverstanden, Auskunft über das regionale BIP zu geben, aber erinnert daran, dass es für die Beitragsberechnung bereits einen bestimmten Satz gibt, bei dem das BIP nicht berücksichtigt wird. Als Antwort auf die Bitte der Region Murcia weist er darauf hin, dass die Ausgaben bereits in den Finanzunterlagen aufgeschlüsselt sind, unter anderem in den vom Rechnungsprüfer erstellten Unterlagen.

Mit Unterstützung der Region Hampshire erklärt der Vertreter der Western Isles, dass es bei seiner Bitte ausschließlich darum ging, eine zusätzliche Information zu bekommen.

Präsident **Martini** nimmt die Frage zur Kenntnis und beantragt, dass darüber nachgedacht wird. Er lässt die Versammlung über den Wirtschaftsplan 2007 abstimmen, und dieser wird einstimmig angenommen.

ARBEITSSITZUNG VII: PRÜFUNG DER ABSCHLUSSERKLÄRUNG UND BESCHLÜSSE UND ABSTIMMUNG

Herr Patrick Anvroin erläutert die 4 besprochenen und vom Politischen Vorstand vom 26. Oktober verabschiedeten Änderungen bezüglich Punkt 19, 20, 31 und 33 des Entwurfs für die Abschlusserklärung.

Anmerkungen:

Herr Javier Morales Febles (Kanarische Inseln) weist darauf hin, dass Ende September ein Seminar über die Einwanderungsproblematik stattgefunden habe, und deshalb die Fristen zur Einreichung von Änderungen nicht eingehalten werden konnten. Er fragt, ob es möglich wäre, einen Verweis auf die Ergebnisse dieses Seminars in den Entwurf der Abschlusserklärung aufzunehmen.

Präsident **Martini** fragt, ob es Einwände gegen die Berücksichtigung einer solchen Änderung gäbe?

Frau Christel Liljeström (Itä-Uusimaa) sowie der Vertreter von Aberdeenshire erklären, man sollte nicht vom normalen Procedere abweichen; auf eine nachträgliche Änderung einzugehen hieße womöglich einen gefährlichen Präzedenzfall zu schaffen. Es wird vorgeschlagen, diese Frage dem Politischen Vorstand bei seiner Tagung von Februar 2007 in Florenz zu übertragen.

Der Vertreter der Kanarischen Inseln ist einverstanden, seinen Antrag beim Politischen Vorstand von Florenz zu stellen und teilt der Versammlung mit, die Informationen über die Einwanderung stünden in den Unterlagen für die Teilnehmer zur Verfügung.

Präsident **Martini** lässt über die Abschlusserklärung abstimmen: Sie wird einstimmig angenommen.

Von den geographischen Kommissionen vorgelegte Beschlüsse:

Die Versammlung stimmt über vier Entwürfe ab.

- Beschluss über die Chancen und Risiken der maritimen Politik in den Regionen der Ost- und der Nordsee;
- Beschluss über die Politik der nördlichen Dimension für 2007 und darüber hinaus;
- Beschluss über die Fischerei in Bezug auf Boxen und geschützte Gebiete;
- Erklärung der Intermediterranean Kommission.

Präsident **Claudio Martini** schlägt vor, dass der von der intermediterranean Kommission vorgelegte Erklärungsentwurf zurückgezogen wird.

Dieser Vorschlag wird von der Versammlung angenommen.

Darüber hinaus merkt er an, dass bei der Tagung von Florenz ein neues Verfahren vorgeschlagen wird, nach welchem der Hauptversammlung nur die Texte vorgelegt werden, die vollständig vom Politischen Vorstand angenommen wurden.

Danach lässt er über die drei anderen Entwürfe abstimmen: Alle drei werden einstimmig von der Versammlung angenommen.

ARBEITSSITZUNG VIII: VORLAGE EINER ÄNDERUNG DER ORGANISATIONSCARTA UND ABSTIMMUNG DARÜBER

Der Generalsekretär legt den Entwurf für eine Änderung von Punkt 11.2a der Charta (Finanzierung) vor. Dabei geht es um die Wiedereinführung einer fakultativen Beitrags-Obergrenze, die dann im Einzelfall vom Politischen Vorstand zu prüfen ist.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

ARBEITSSITZUNG IX: NÄCHSTE TERMINE

Die nächsten Hauptversammlungen der KPKR werden jeweils in folgenden Regionen statt finden:

- 2007: Frau Cinzia Felci bestätigt im Namen des Vorsitzenden Marazzo, dass die Hauptversammlung 2007 in der Region Lazio, in Rom, vom 17. bis zum 19. Oktober stattfinden wird;
- 2008: Im Namen vom Vorsitzenden Rousset lädt Herr Jean-Michel Arrivé die KPKR für ihre Hauptversammlung 2008 in die Region Aquitaine (FR) ein;
- 2009: Die Region Västra Götaland in Schweden lädt zur Hauptversammlung von 2009 ein.

Präsident **Martini** schließt die Hauptversammlung mit einer positiven Bewertung der Beiträge und Debatten und einem Dank an die Teilnehmer.